

Finanzen

Als Nachhaltigkeitsfonds werden Investmentfonds bezeichnet, die in ihrer Anlagepolitik eine ethische und ökologische Ausrichtung verfolgen und bestimmte soziale Standards einhalten. Das heißt, das Anlagekapital wird nur in Aktien oder Anleihen von Unternehmen investiert, die in die Kategorie „nachhaltig“ eingestuft sind. Insbesondere institutionelle Investoren, wie zum Beispiel Stiftungen, investieren in solche Fonds oder beauftragen Vermögensverwalter mit entsprechender Expertise ein danach ausgerichtetes Portfolio zusammenzustellen. Aber auch private Investoren wollen zunehmend Nachhaltigkeitsaspekte in ihrer Geldanlage berücksichtigen wissen.

Was heißt aber Nachhaltigkeit in der Anlagepraxis? Oft wird auch der englische Begriff sustainability verwendet. Wer prüft, ob ein Investment als nachhaltig bezeichnet werden kann? Schließlich bieten Fondsgesellschaften entsprechende bezeichnete Investmentprodukte an. Zu Beginn dieser Bewegung, die schon mehr als zwei Jahrzehnte zurückliegt, waren die Kriterien für nachhaltige Investments uneinheitlich. Inzwischen wurden Standards für die diesbezügliche Einstufung von Unternehmen entwickelt. Einer der bekanntesten ist der Dow Jones Sustainability World Index. Aufgrund des steigenden Bedürfnisses internationaler Investoren entstehen derzeit auch neue internationale Transparenz- und Qualitätsinitiativen im Markt, wie die Global Initiative for Sustainability Ratings (GISR) und der Deep Data Delivery Standard. Die Marktentwicklung bestätigt auch der jährliche Report des „Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG)“, der für die 10 Jahre von 2005 bis 2014 eine Verzehnfachung des Volumens für „Nachhaltige Investmentfonds“ und Verwaltungsmandate ermittelt hat (siehe Grafik).

Die Frage ist aber, wie kommt ein Unternehmen in eine Nachhaltigkeitskategorie oder in einen entsprechenden Index, und was hat das letztlich für eine Bedeutung für die Investmententscheidung. Diese Aufgabe haben unter anderem spezialisierte Vermögensverwalter, aber auch unabhängige Ratingagenturen übernommen, die ein transparentes Nachhaltigkeitsrating gewährleisten sollen. So gibt es für unabhängige Nachhaltigkeits-Ratingagenturen einen umfassenden Qualitätsstandard, den Arista: Responsible Investment Research Standard. Dieser internationale Standard wurde auf Initiative der Europäischen Kommission vom Verband der unabhängigen Nachhaltigkeitsrating-Agenturen (Ariste) entwickelt. Die Einhaltung dieser Anforderungen wird regelmäßig durch unabhängige Prüfer im Rahmen von Audits überwacht.

Eine der ersten Nachhaltigkeits-Ratingagenturen, die nach diesem Standard zertifiziert wurden, ist die in München ansässige Oekom Research AG. Die Agentur wurde schon 1993 gegründet und prüft mit mehr als 50 Analysten regelmäßig mehr als 3800 Unternehmen global auf Nachhaltigkeitskriterien. Auftraggeber sind Asset Manager und institutionelle Investoren. Das sind beispielsweise auch Fondsgesellschaften, die einen Nachhaltigkeitsfonds aufgelegt haben und verwalten. Dahinter verbirgt sich ein Gesamtvolumen von mehr als 600 Milliarden Euro allein bei dieser Agentur. Das zeigt die Bedeutung, die diese Thematik inzwischen gewonnen hat, mit steigender Tendenz.

Wie aber funktioniert ein Nachhaltigkeits-Rating? Um ein Rating aufzubauen, ist es erforderlich, Kriterien mit nachvollziehbaren Bewertungen zu installieren. Oekom Research beispielsweise hat etwa 700 Indikatoren entwickelt, um die vielfältigen ökologischen und sozialen Herausforderungen hinsichtlich der Aktivitäten von Unternehmen umfassend analysieren zu können. Zur zielgerichteten Bewertung der unternehmensindividuellen Problemstellungen werden aus diesem Pool je Unter-

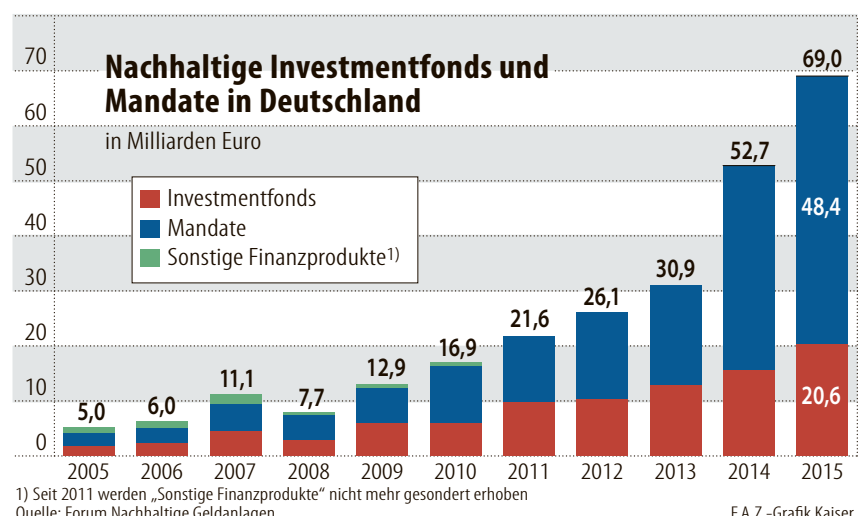
DIE VERMÖGENSFRAGE

Wie nachhaltig sind Fonds für Nachhaltigkeit?

Ethik und Ökologie spielen für immer mehr Anleger eine große Rolle. Die Finanzbranche reagiert mit entsprechenden Produkten. Ratings versuchen bei der Einschätzung zu helfen. Von Rainer Juretzek



Illustration Picture Press



nehmen durchschnittlich 100 Indikatoren branchenspezifisch ausgewählt. Daran werden die Unternehmen dann gemessen, erläutert Matthias Bönning, Vorstandsmittglied und Head of Research. Dazu gehören kontroverse Geschäftsfelder wie Abtreibung, Alkohol, Atomenergie, aber auch Pornographie und Rüstung, um nur einige zu nennen. Auf der anderen Seite aber auch Geschäftspraktiken wie Kinderarbeit, Menschenrechtsverletzungen, Tierversuche, Umweltschutzvergehen und viele mehr. Negativbeispiele, die immer wieder in den Medien auftauchen, sind die Unglücksfälle und Skandale in Kleiderfabriken in Indien, Bangladesch und anderen Ländern.

Um sich ein genaues Bild von dem jeweiligen Unternehmen machen zu können, erheben die Oekom-Research-Analysten alle relevanten Informationen für das Rating sowohl bei den Unternehmen selbst als auch bei unabhängigen Experten. Die Unternehmen erhalten regelmäßig die Möglichkeit, die Ergebnisse zu kommentieren und zu er-

gänzen. Auf der anderen Seite unterstützt ein Netzwerk internationaler Experten aus den Bereichen Nachhaltigkeit, Menschen- und Arbeitsrechte, Verbraucherschutz die Arbeit der Analysten.

Wie aber kann Nachhaltigkeit in der Praxis bei der Aktienauswahl berücksichtigt werden? Meist wird hier nach dem Best-in-Class-Ansatz verfahren. Das heißt, aus jeder Branche werden nur diejenigen Titel aufgenommen, die sich am striktesten den globalen Herausforderungen für eine menschenwürdige, ökologische und dabei wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft stellen. „Je größer die absoluten negativen Auswirkungen der Branche im Umwelt- und Sozialbereich sind, desto höher sind die Anforderungen an das Nachhaltigkeits-Management und desto höher ist auch die Nachhaltigkeits-Schwelle, welche das betreffende Unternehmen erreichen muss“, sagt Bönning.

Eine Fondsgesellschaft, die nach dieser Analyse einen ihrer Fonds, den Prima-Global Challenges verwaltet, investiert

das Geld seiner Anleger deshalb nur in Aktien von Unternehmen, die einen substantiellen Beitrag zur Lösung der sieben globalen Herausforderungen leisten: Klimawandel, Trinkwasser, nachhaltige Waldwirtschaft, Artenvielfalt, Bevölkerungsentwicklung, Armut und verantwortungsvolle Führung. Verstößt ein Unternehmen gegen diese Regeln und Prinzipien – und das wird turnusmäßig überprüft – wird es aus dem Fonds entfernt und durch ein anderes Unternehmen ersetzt, das die gesetzten Kriterien erfüllt.

Thomas Hellener, Geschäftsführer der Prima Fonds Service GmbH, führt hierzu aus: „Negativbeispiele sind etwa die Lloyds Banking Group, die in Zinsmanipulationen verstrickt war, oder Danone, die einen Korruptionsskandal in China bewältigen musste.“ Jüngstes Beispiel: Die Beteiligung an einem Ausbildungsprogramm der amerikanischen Armee hat dem Management Consulting- und Technologie-Unternehmen Accenture den Platz im Global Challenges Index wie auch im Fonds gekostet. Entsprechend dem strengen Nachhaltigkeitskonzept, das die Entwicklung und Herstellung auch „sonstiger Rüstungsgüter“ – per Definition sind dies speziell für das Militär angepasste Produkte und Dienstleistungen, die selbst keinen Waffencharakter haben – ausschließt, musste Accenture weichen.

Ersetzt wurde es durch die Schweizer Sonova Holding, einen Entwickler und Hersteller von Hörgeräten und Implantaten zur Verbesserung des Hörvermögens. Deren Produkte tragen maßgeblich zur Verbesserung und Erhaltung der Lebensqualität von Menschen mit Hörverlust bei. Darüber hinaus setzt sich Sonova für den Zugang Bedürftiger zu Hörgeräten in Entwicklungsländern ein. Damit erfüllte das Unternehmen die wichtigsten Kriterien, um in den Prima-Global Challenges aufgenommen zu werden, nämlich die Leistung substantielle und richtungsweisender Beiträge zur Bewältigung der sieben großen globalen Herausforderungen.

Der Austausch hatte aber noch weitreichendere Folgen auf die Gewichtung der einzelnen Titel im Portfolio des Fonds. Accenture war neben SAP und Intel eines der Schwergewichte. Sonova hat dagegen eine sehr viel geringere Marktkapitalisierung, womit auch die Gewichtung im Fonds geringer ausgefallen ist. Das bedeutet im Gegenzug, dass Titel wie Union Pacific, BT Group, Linde, Swiss Re oder auch des Windkraftanlagenbauers Nordex höher gewichtet wurden, erklärt Thomas Hellener.

Hier zeigt sich auch die wirkliche Herausforderung, nämlich Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen. Zum einen soll eine breite Streuung über Branchen und Regionen erreicht werden (Best-in-Class-Ansatz), um das Risiko zu reduzieren und Chancen wahrnehmen zu können, wenn sich Sektoren oder Branchen besonders gut entwickeln. Zum anderen besteht aber stetig das Risiko, dass einzelne Unternehmen aus dem Portfolio entfernt werden müssen, weil überraschend mögliche Nachhaltigkeitsregeln verletzt werden. Legt man dagegen insgesamt strengere Sichtweisen in Bezug auf die Bewertung, was als nachhaltig gilt, an, kämen dann oft nur Unternehmen aus den Bereichen Sonnen- und Windenergie oder ähnlichen Branchen in ein Portfolio. Daraus kann für die Anleger natürlich ein Klumpen-Risiko entstehen.

Wenn man die Sichtweisen, was als nachhaltig gilt, nicht zu eng zieht und der Trend weiter anhält, dass immer mehr Unternehmen eigene Nachhaltigkeitsbilanzen erstellen, kann man davon ausgehen, dass nachhaltig orientierte Investmentfonds sich vom Nischenprodukt hin zu einem Zukunftsmarkt entwickeln, weil bei den im Portfolio befindlichen Unternehmen mit positiver Kundenwahrnehmung der Verbraucher wie auch gewerblicher Kunden langfristig auch höhere Ertragsersparungen angesiedelt sein können.

Der Verfasser ist Geschäftsführer der Analytica Finanz Research Beratungsgesellschaft mbH in Bad Homburg.

Briefe an die Herausgeber

Ein paar Jahre hält es noch

Zum Artikel „Ein Traum für Deutschland“ von Marina und Herfried Münkler (F.A.Z. vom 24. August): Von Tucholsky soll der Satz stammen: „Wir alle leben im Getto der zweihundert.“ Mit ein paar Zahlen kann man allerdings seinen Blick erweitern. In Nordrhein-Westfalen fehlen zum Schulbeginn tausend Lehrer. Kaum ein Lehrer, der nicht über unzulängliche Bedingungen an der Schule klagt. Es muss ja nicht gleich so schlimm sein wie in Berlin, wo die Schulen besonders marode sind. Aber Inklusion, zu große Klassen, zu viele Sprachen, Nationalitäten in einer Klasse, das sind Alltagsprobleme. Schon jetzt fehlen Tausende von sogenannten MINT-Lehrern (Mathematik, Informatik, Physik, Chemie, Technik). Zirkula 50 Prozent der Lehrer sind über 50 Jahre alt, das heißt, in spätestens 15 Jahren sind die alle „in Rente“. Sie gehören dann zu den 25 Millionen Rentnern, die wir 2030 haben werden. Davon werden etwa vier Millionen Pflegefälle sein. Davon wiederum zirka zwei Millionen demenz. Woher sollen die neuen Lehrer kommen? Sicher, die guten Menschen aus dem „hellen Deutschland“ haben uns erklärt, dass die über eine Million Flüchtlinge/Zuwanderer/Einwanderer/Asylbewerber des Jahres 2015 überwiegend aus besten qualifizierten Facharbeitern und Akademikern bestehen. Nun allerdings gibt es Deutsche, die behaupten unwidersprochen, dass von den 800 000 jungen Männern, die nach Deutschland gekommen sind, etwa 15 Prozent Analphabeten sind. Die sind nun den zirka 7,5 Millionen sogenannten „strukturellen Analphabeten“ hinzuzurechnen, die wir bereits in Deutschland haben. Zurzeit haben wir zirka sechs Millionen sogenannte Hartz-IV-Empfänger, davon zirka eine Million ohne deutschen Pass.

Deutschland ist (noch!) ein hochentwickeltes Industrieland, das keine Hilfsarbeiter benötigt, keine Jobs für unqualifizierte junge Männer hat. Aber wer qualifiziert sie, sofern das möglich ist? Wer kommt für die Kosten der Qualifizierung auf? Einwanderer/Zuwanderer/Flüchtlinge/Asylbewerber (die Begriffe gehen munter durcheinander) beanspruchen nolens volens das Eigentum der indigenen Bevölkerung. Sie benutzen die Straßen, Krankenhäuser, medizinische Versorgung, Schulen (Turnhallen), öffentliche Verkehrsmittel, das Justizwesen, besonderes Humankapital (Lehrer/Psychologen/Sozialarbeiter), die allgemeine Verwaltung,

die aus den Steuergeldern, dem Eigentum der heimischen Bevölkerung finanziert wird. Wenn man so will, eine Art „allgemeine Vermögenssteuer“.

Nach dem Mauerbau blieben die Zuwanderer aus dem Osten aus. Deshalb wurden die Türken angeworben. „Die Türken wurden dazu benutzt, die Löhne zu drücken.“ (Helmut Schmidt). Die Türken besetzten offene Arbeitsplätze. 1973 („Anwerbestopp“) lebten etwa 750 000 Türken in Deutschland. Man bat sie, in ihr Land zurückzukehren. Das taten aber ganz viele nicht. Sie holten ihre Familien nach Deutschland zu den sturen, humorlosen, bürokratischen, fremdenfeindlichen Deutschen. Nun leben über drei Millionen Türken in Deutschland. Viele sind hier geboren. 98 Prozent leben hier friedlich und gesetzesmäßig. Sie wollen trotz aller Kritik an den Deutschen nicht in ihr wunderschönes, verehrtes Vaterland. Aber viele haben mit Deutschland auch nichts am Hut. Die deutsche Sprache, deutsche Musik, deutsche Geschichte, deutsche Architektur, deutsches Brautrecht sind vielen so gleichgültig wie der Kuh der Sonntag. Das ist nun keine Katastrophe, aber man sollte da keinen Illusionen nachhängen. Es klingt ziemlich hilflos, wenn Frau Merkel nun von den Türken Loyalität einfordert. Was soll das denn sein?

Und nun? „Carpe diem“ und fröhlich bleiben. Ein paar Jahre hält es irgendwie noch.

WOLFRAM WIESEL, RÖSRATH

Wir alle

Der Satz „Wir schaffen das“ wird immer als Indikativ Präsenst beziehungsweise als Präsenst mit futurischem Sinn verstanden, auf jeden Fall aber als Aussagesatz. Der Indikativ der ersten Person Plural hat aber auch Aufforderungscharakter: Die Krankenschwester sagt zum Patienten, die Mutter zum Kind: „Wir gehen jetzt ins Bett“ – als Aufforderung! Die Lateiner haben dafür den Coniunctivus adhortativus: Adoremus – lasset uns anbeten. Der evangelische Pfarrer sagt: „Wir beten und stehen dazu auf.“ So sollten wir auch in dem Satz von Frau Merkel immer das adhortative Element mithören: „Wir wollen das schaffen!“ – und zwar wir alle!

JÖRG DIETRICH, TÜBINGEN

Als doof abgestempelt

Zu dem Kommentar von Jasper von Altenbockum „Welches Land?“ (F.A.Z. vom 8. September): Wären nicht die aufarbeitenden und bestätigenden Kommentare und Stellungnahmen in der F.A.Z., mit denen ich mich einig fühle, man würde verzweifeln angesichts der Haltung der Regierung, nicht nur in der Flüchtlingsfrage, sondern besonders im Um-

gang mit den Bürgern, die mit der Handhabung der Flüchtlingsthemem nicht einverstanden sind, aber nicht gehört, sondern immer wieder weggeschoben werden.

Die Hälfte des Volkes wird diskriminiert, mit „rechtspopulistisch“ betitelt und damit als „doof“ abgestempelt.

RUTH SCHWARZ, SCHWENTINENTAL

Globuli helfen und sparen

Ich ärgere mich über die undifferenzierte Sicht auf die Homöopathie. „Heilpraktiker schwer unter Beschuss“ (F.A.Z. vom 27. August), so dass ich Ihnen gerne meine Erfahrungen mit ihr mitteilen möchte. Vor mehr als zwanzig Jahren wurde mir die Homöopathie empfohlen, da ich einige Monate nach der Geburt unserer ersten Tochter sehr starke Schmerzen in den Fersen bekam, die mit allen Mitteln der Schulmedizin nur durch dauerhafte Tabletten-einnahme zwar gelindert, aber nicht geheilt wurden.

Ich hatte das große Glück, dass sich ein praktischer Arzt und Homöopath in der Umgebung niederließ. Wir beide haben es geschafft, dass ich im Laufe einiger Monate wieder schmerzfrei laufen konnte. Das war der Beginn eines Familienlebens mit inzwischen vier Ärzten und Homöopathin. Ich könnte viele Beispiele von un-

seren beiden Töchtern erzählen, die ohne wissenschaftliche Studie, aber eben aus langjähriger Erfahrung belegen, wie Globuli heilen können, so der Arzt mit Hilfe des Patienten das richtige findet. Es war teilweise ein Drahtseilakt zwischen Allopathie und Homöopathie, aber unsere Töchter sind deutlich weniger und auch weniger heftig krank gewesen als ihre Mitschüler, und sie haben bis auf die jüngere bei einer Borreliose beide noch kein Antibiotikum nehmen müssen.

Alle vier homöopathischen Ärzte haben ihren Patienten viele Globuli mitgegeben, oder wir Patienten haben untereinander getauscht. Diese Ärzte sparen den Krankenkassen Tausende von Euro. Leider kann ich mich des Verdachtes nicht erwehren, dass die Pharmaindustrie darüber nicht glücklich ist.

CHRISTIAN LIESEN, GELNHAUSEN

Rhodos – Weltsymbol für Frieden und Hoffnung

Zu „Rostiges Rhodos“ von Tobias Piller (F.A.Z. vom 27. August): Als häufiger Besucher von Rhodos bin ich größtenteils mit dem Inhalt des Artikels einverstanden. Als Tourismusfachmann weiß ich, wie schwierig es ist, in dieser Branche in schwierigen Zeiten ein Unternehmen zu führen. Trotzdem bin ich überzeugt, dass es für den Tourismus in Rhodos eine Zukunft gibt. Die Vergangenheit und die Gegenwart der Insel bilden die Basis für die Zukunft. Schließlich macht Rhodos fast 12 Prozent des griechischen Marktes aus, mit 150 000 Betten, mehr als 2,5 Millionen Besuchern, darunter 300 000 Gästen aus Deutschland, von denen einige Zehntausende immer wieder kommen. Dabei hilft ein beeindruckendes Netzwerk von direkten Flugverbindungen mit mehr als 200 europäischen Flughäfen. Zugleich ist Rhodos auch die Kulisse für viele Filme gewesen, ein Ort voller Geschichte und natürlicher Schönheit.

Unangebrachter Titel

Zu „Rostiges Rhodos“ (F.A.Z. vom 27. August): Ich bin Angelakos Mirialis und ein Grieche. Während der letzten Jahre lebte ich auf Rhodos, der abgelegenen Insel in der Ägäis, wo ich im Tourismus tätig war. Ich bin sehr enttäuscht über Ihren Artikel „Rostiges Rhodos“, der hier in beiden Lokalzeitungen „Rodiaki“ und „Dimokrati“ veröffentlicht war. Sie betrachten den Tourismus auf Rhodos aus einem besonderen Blickwinkel. Andererseits wurde

der Beitrag hier viel diskutiert, vor allem wegen des unangebrachten Titels. Jedes Jahr kommen Tausende deutsche Touristen auf die Insel Rhodos, was gleichermaßen ein Beweis ist für die innigen Beziehungen, die wir mit den netten deutschen Besuchern hier haben. Es ist schade, dass der Artikel, der den Einheimischen auf der Insel entgegenkommt, einen solchen unpassenden Titel trägt.

ANGELAKOS MIRIALIS, KOSKINO, RHODOS

Superreiche in Anlagenot

Family Offices können Vermögen kaum noch mehren

kann. FRANKFURT, 9. September. Die Niedrigzinsphase und der Mangel an attraktiven Anlagemöglichkeiten trifft nicht nur die Kleinsparer. Auch die sehr vermögenden Anleger konnten zuletzt kaum noch etwas aus ihrem Geld heraus holen. So ergab eine Umfrage der Schweizer Großbank UBS unter 224 Family Offices auf der ganzen Welt, dass sie im vergangenen Jahr für ihre sehr vermögenden Kundschaft im Schnitt nur eine Rendite von mageren 0,3 Prozent erzielen konnten. Das ist der niedrigste Wert, seit die Bank diese Umfrage erstmals vor drei Jahren gemacht hat. Im Jahr 2013 stand bei den Vermögensverwaltern für die sehr reiche Klientel noch ein Plus von 8,5 Prozent unterm Strich.

Bei solchen Familieneinrichtungen spielt in der Regel der Vermögenserhalt, also die Wahl sicherer Anlageformen, eine wichtige Rolle. Die schwache Entwicklung der Anleihemärkte drückt daher besonders auf die Portfolios der Family Offices. Auch der Niedergang der Aktienmärkte in vielen der einst gefeier-

ten Schwellenländer hat die Renditen nach unten getrieben. Nur mit Investitionen in europäische Immobilien und Unternehmensbeteiligungen (Private Equity) konnten die Vermögenden weiterhin recht gut abschneiden. Eine Folge der schwachen Renditen ist, dass auch die Superreichen bei ihrer Vermögensverwaltung nun mehr auf die Kosten achten, heißt es in der Studie, die die Bank gemeinsam mit dem Institut Campden Wealth Research gemacht hat. Ein Drittel der Befragten gab an, dass sie heute stärker auf die Kosten achteten als noch vor einem Jahr.

Ein schwacher Trost bleibt den Vermögenden in Europa. Ihre Family Offices schnitten mit den Kollegen in Amerika, Asien und Schwellenländern außerhalb Asiens noch vergleichsweise gut ab. Die Befragten Häuser in der letztgenannten Region mussten im Schnitt sogar einen leichten Verlust von 0,6 Prozent hinnehmen. In Europa lag die durchschnittliche Rendite immerhin noch bei plus 0,6 Prozent.

Streit um Gebühren der Postbank

Verbraucherschutz: Es war Gebührenfreiheit versprochen

FRANKFURT/BERLIN, 9. September (Reuters). Die Postbank kann ihre geplanten Kontoführungsgebühren möglicherweise nicht bei allen Kunden durchsetzen. Die Verbraucherzentrale Hamburg mahnte die Deutsche-Bank-Tochtergesellschaft ab, weil diese Tausenden Kunden ein dauerhaft kostenloses Girokonto zugesagt hatte, wie die Verbraucherschützer am Freitag mitteilen. In zahlreichen Verträgen, die von der Postbank bei Kundengewinnungsaktionen geschlossen wurden, sei davon die Rede, dass diese „dauerhaft und bedingungslos kein Entgelt“ zahlen müssten, erklärte Verbraucherschützerin Julia Rehberg. Trotzdem sollen sie von November an eine monatliche Kontoführungsgebühr von 3,90 Euro zahlen, wenn auf dem Girokonto weniger als 3000 Euro im Monat eingehen.

Die Verbraucherzentrale gab der Postbank bis zum 20. September Zeit, auf die Abmahnung zu reagieren und auf die Gebühren zu verzichten. Sonst drohe ihr eine Klage. Ein Postbank-Sprecher sagte, das Institut werde den Vorgang innerhalb der Frist prüfen. Von den Zusagen seien

„kleinere Stückzahlen“ betroffen. In einem Fall hatte die Postbank schon eingelenkt: In einer Aktion mit dem Kaffeeöster Teicho hatte sie 2008 mit der Zusage geworben: „Girokonto und Kreditkarte kostenlos: Für alle Zeiten – versprochen“. Die damit gewonnenen Kunden, laut Postbank eine kleine fünfstellige Zahl, könnten der Entgelt-Änderung widersprechen, sagte ein Sprecher.

Die Verbraucherschützer kritisierten auch das Vorgehen der Bank: Das Institut habe seinen Kunden erklärt, die Kontogebühr gelte als akzeptiert, wenn sie keinen Widerspruch einlegten. „Die Einführung eines Kontoführungsentgelts ist auf diese Art und Weise gar nicht möglich“, erklärte Rehberg.

„Wir müssen raus aus dieser Welt, in der Girokonten querfinanziert wurden“, hatte Postbank-Vorstand Susanne Klöß im August angekündigt. Bislang seien kaum welche der 5,3 Millionen Kunden abgewandert, sagte der Postbank-Sprecher. „Wir sind von der ausgewogenen Reaktion unserer Kunden überrascht.“ Es gebe auch ein ordentliches Neugeschäft.